

Lernen aus der
■ Geschichte ■

LaG - Magazin

Jüdische

Museen

International

23. Juni 2021

evz STIFTUNG
ERINNERUNG
VERANTWORTUNG
ZUKUNFT

Inhaltsverzeichnis

Zur Diskussion

Vorwort seitens der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“	4
Zwischen Selbstverständnis und Erwartungshaltung: Jüdische Museen in Deutschland.....	5
Interview mit Hanno Loewy „Das Jüdische Museum Hohenems“	10
Das Museum POLIN – Jüdische Geschichte als (geschichts-) politischer Streitpunkt.....	16
Interview mit Miriam Bistrovic über das Shared History Project – 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland.....	21

Empfehlung Fachbuch

Gedächtnis aus den Quellen. Zur jüdischen Geschichte Berlins.....	26
---	----

Empfehlung Bildungsträger

ANOHA – Die Kinderwelt des Jüdischen Museums Berlin.....	29
--	----

Empfehlung Unterrichtsmaterialien

„Nathan und seine Kinder“. Impulse für den Unterricht.	31
---	----

Empfehlung Web

2021 - Jüdisches Leben in Deutschland.	34
---	----

Liebe Leser*innen,

wir begrüßen Sie zum neuen Magazin von „Lernen aus der Geschichte“. Der Titel der Ausgabe lautet Jüdische Museen international. Ursprünglich geplant waren neben den Texten über das Selbstverständnis von Jüdischen Museen, die Sie im Magazin vorfinden, Beiträge aus Polen, Ungarn und Griechenland. Nun kommt es hin und wieder vor, dass Textbeiträge kurzfristig abgesagt werden. Das war in diesem Monat der Fall bei einem vereinbarten Artikel aus Griechenland. Nachdenklicher stimmt jedoch, dass es nicht möglich war, eine*n Autor*in für einen Text über das jüdische Museum POLIN in Warschau zu gewinnen. Ob sich angefragte Autor*innen vor einer Positionierung angesichts des politischen Zugriffs der nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) scheuen, bleibt eine Mutmaßung, zu der jedoch Anlass besteht.

Mit dem Vorwort führt *Andrea Despot*, Vorstandsvorsitzende der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, in das Magazin ein.

Jüdische Museen befinden sich in einer Zwickmühle zwischen Selbstverständnis und politischer Erwartungshaltung, so *Barbara Staudinger*. Sie geht auf die vielzähligen Zuschreibungen ein, die mit dem Ausstellen der Geschichte von Jüdinnen*Juden verbunden werden.

Hanno Loewy geht im Gespräch auf die Geschichte von Juden*Jüdinnen im heute zu Österreich gehörenden Hohenems ein und stellt die Arbeit sowie das Selbstverständnis

des dortigen Jüdischen Museums vor.

Das Jüdische Museum POLIN stand in den letzten Jahren weniger aufgrund seiner fachlichen Arbeit im öffentlichen Interesse. Vielmehr war es der (geschichts-) politische Zugriff der regierenden PiS, der international Aufsehen erregte. *Ingolf Seidel* zeichnet diesen Prozess nach.

Ein zentrales Anliegen des Projekts Shared History liegt darin, die Darstellung von Juden*Jüdinnen von der Reduzierung auf den Opferstatus zu befreien und sie als handelnde Subjekte im historischen Kontext dazustellen. Im Gespräch mit Thomas Hirschlein aus der LaG-Redaktion berichtet *Miriam Bistrovic* über das Onlineprojekt des Leo Baeck Instituts New York / Berlin.

Wir bedanken uns herzlich bei den Autor*innen, die für diese Ausgabe Texte beigesteuert haben.

In eigener Sache

Mit dieser Ausgabe verlässt Tanja Kleeh mit dem Ende ihres Studiums die Redaktion. Wir wünschen der Kollegin alles Gute für die Zukunft.

Die Redaktion verabschiedet sich mit diesem Magazin in die jährliche Sommerpause. Wir wünschen unseren Leser*innen eine entspannende Zeit.

Die nächste Ausgabe des LaG-Magazins erscheint am 22. September 2021.

Ihre LaG-Redaktion

Vorwort seitens der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“

Von Andrea Despot

Das Verständnis von Museen als Orten der Wissensbewahrung- und -vermittlung ist im intensiven Wandel begriffen. Museen sehen sich zunehmend auch als Orte der Begegnung und gesellschaftlichen, auch politischen, Aushandlung, in denen Resonanzräume für unterschiedliche Gruppen und Akteure entstehen. Gleichzeitig birgt der Prozess der Digitalisierung enorme Potentiale und Chancen für einen ortsunabhängigen Zugang zu ihren Artefakten und Beständen. Dies führt dazu, dass Museen ihr Wirken und ihr Selbstverständnis neu vermessen. Durch die aktuellen – zum Teil kontrovers geführten - Debatten zur Restitution von Kulturgütern durch europäische und nordamerikanische Museen oder über die Richtung gesellschaftlicher Entwicklungen erhalten Museen wichtige Impulse zu Themen wie Repräsentation, Vielfalt von Perspektiven, internationaler Austausch und Beteiligung – von Zeitzeug*innen, jungen Menschen und diversen Communities.

In diesen Debatten kommt Jüdischen Museen eine zentrale Rolle zu. Dies gilt international, wie auch in Deutschland. Die Diskussion um das Jüdische Museum Berlin in 2019, die zu personellen Konsequenzen führte, illustrierte dies in besonderer Weise.

Wie sollten sich Jüdische Museen ausrichten? Welchen Fokus können und sollen diese Museen haben - (eine) jüdische

Innenperspektive(n), oder eine Außenansicht auf das Judentum? Welche Bedeutung kommt Jüdischen Museen zu, in Gesellschaften, die einen besorgniserregenden Zuwachs des Antisemitismus verzeichnen? Welche Haltung sollten sie einnehmen in politisch hoch umstrittenen Debatten, wie etwa dem Nahost-Konflikt, und wer legt dies fest?

Diesen und weiteren Fragen gehen die Beiträge im vorliegenden Band zum „Selbstverständnis Jüdischer Museen in Europa“ nach. Für die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) ist es ein Anliegen, die fachliche und plurale Auseinandersetzung mit diesen Fragen zu fördern – aus der Perspektive der Museen und Fachexpert*innen selbst. Jüdische Museen als zentrale Akteure der historisch-politischen Bildung und tragende Säulen der Erinnerungskultur(en) sind für uns wichtige Partner, mit denen wir Bildungsprojekte zur Jüdischen Geschichte und Judentum heute, sowie zu historischen und gegenwärtigen Formen des Antisemitismus durchführen. Mit dieser Publikation möchte die Stiftung EVZ einen Beitrag zu den gegenwärtigen Debatten leisten und die vorhandene Stimmenvielfalt in der Museumslandschaft hörbar machen.

Über die Autorin

Die Politologin und Osteuropahistorikerin Dr. Andrea Despot ist Vorstandsvorsitzende der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“.

Zwischen Selbstverständnis und Erwartungshaltung: Jüdische Museen in Deutschland

Von Barbara Staudinger

In den letzten Jahren sind Jüdische Museen immer wieder ins Interesse der Öffentlichkeit gerückt. Sei es aufgrund des Rücktritts Peter Schäfers als Direktor des Jüdischen Museums Berlin und der nachfolgenden Diskussion um Aufgaben und Zielsetzungen dieser Institution, sei es angesichts des ansteigenden Antisemitismus in Deutschland und in Folge des Anschlags in Halle: Jüdische Museen wurden plötzlich nach ihrer (gesellschafts-)politischen Haltung befragt und politische Ansprüche wurden auf sie projiziert.

Jüdische Museen sollten gemeinsam mit den Gedenkstätten in die Pflicht genommen werden, präventiv gegen Antisemitismus zu wirken, gesellschaftliche Grundwerte zu vermitteln und (insbesondere muslimische Kinder und Jugendliche) zu deradikalisieren. Sie sollten politisch werden, aber nicht zu politisch. Damit brachte man Jüdische Museen in eine Zwickmühle zwischen Selbstverständnis und politischer Erwartungshaltung, aus der herauszukommen kaum möglich schien. Nun hat sich, nicht zuletzt durch die Corona-Krise und deren gesellschaftlicher Auswirkung, das Selbstverständnis Jüdischer Museen gewandelt. Sie stehen heute für Vielstimmigkeit und Öffnung gegenüber der Stadtgesellschaft und streben nach Relevanz.

Antisemitismus und Israel – eine Zustandsbeschreibung in Jüdischen Museen

Gab es noch vor 20 Jahren das stillschweigende Einverständnis, Jüdische Museen hätten sich nicht mit Antisemitismus zu beschäftigen, da dies mehr über die Antisemit*innen erzählen würde als über Jüdinnen*Juden, ist dies schon lange nicht mehr der Fall. Nicht nur aufgrund eines gestiegenen politischen und gesellschaftlichen Interesses an der Bekämpfung von Antisemitismus, sondern auch aufgrund der Auswirkungen desselben auf den Alltag von Jüdinnen*Juden in Deutschland, haben Jüdische Museen längst erkannt, dass Antisemitismus auch für sie ein Thema sein muss. Trotz einiger Ausstellungen (z.B. „Die Stadt ohne. Juden Ausländer Muslime Flüchtlinge“, Jüdisches Museum Augsburg Schwaben 2019/20) bleibt bis heute das Thema Antisemitismus jedoch im Wesentlichen auf die Bildungsprogramme der Museen beschränkt.

Im Gegenzug wurde und wird das Thema Israel wegen politischer Interventionen und Angst um das Ansehen der eigenen Institution zunehmend ausgespart. Als 2008 die Ausstellung „Imaginary Coordinates“ des Spertus Museum in Chicago, die die Grenzbeziehungen im Nahen Osten mittels historischer Karten und künstlerischer Arbeiten hinterfragte, aufgrund massiver Proteste jüdischer Organisationen schließen musste, wurde dies in Deutschland kaum diskutiert. Anders sah dies dann 2019 aus, als rund um die Ausstellung „Welcome to Jerusalem“

des Jüdischen Museums Berlin eine heftige medial geführte Debatte darüber entbrannte, wie politisch ein Jüdisches Museum sein dürfe – und vor allem wie „jüdisch“ es sein müsse. Grund des Anstoßes war nicht nur die Gegenüberstellung von christlichen, muslimischen und jüdischen Perspektiven auf die Stadt und damit die Entscheidung, nicht ausschließlich jüdische Perspektiven zu thematisieren, sondern auch, darunter liegend, ein Argwohn gegenüber einer Darstellung pluralistischer jüdischer Sichtweisen. Folge des Disputs um das Jüdische Museum Berlin ist heute, dass mit Ausnahme des Jüdischen Museum Hohenems Ausstellungen, die sich kritisch oder mehrstimmig mit der israelischen Gesellschaft oder der Siedlungspolitik auseinandersetzen, in Jüdischen Museen fehlen.

Die Darstellung jüdischer Geschichte

Mittlerweile bemühen sich die meisten Jüdischen Museen, Judentum, jüdisches Leben oder jüdische Geschichte zumindest ansatzweise aus verschiedenen Perspektiven zu erzählen, gewünscht scheint dies nicht immer zu sein. Jüdische Museen in Deutschland wenden sich vor allem an ein nichtjüdisches Publikum, das, als Teil der Mehrheitsgesellschaft, es gewohnt ist, die Geschichte der jüdischen Minderheit als homogene Einheit zu betrachten.

Betritt man heute ein Jüdisches Museum, erwartet einen in der Dauerausstellung mehr oder weniger dieselbe Erzählung, die, kurz zusammengefasst, von den Verreibungen und Pogromen des Mittelalters

über ein Zusammenleben mit der christlichen Mehrheitsbevölkerung in ländlichen Gemeinden in der Frühen Neuzeit ab der Aufklärung zur Erfolgsgeschichte wird. Ab 1900 werden zur „erfolgreichen Integration“ kritische Stimmen gegen Assimilation und Bedeutungsverlust religiöser Traditionen gemischt, bevor im Nationalsozialismus Jüdinnen*Juden quasi „schicksalhaft“ zu Opfern werden. Der Neubeginn nach 1945 geschieht „auf gepackten Koffern“ und ein mehr oder weniger ausführlicher Ausblick auf die jüdische Gegenwart rundet schließlich den historischen Rundgang, der sich mit der jüdischen Geschichte der Stadt oder der Region befasst, ab.

Dieses Narrativ, das jüdische Geschichte immer in Beziehung zur nichtjüdischen Mehrheitsbevölkerung setzt und jüdische Identitäten nicht hinterfragt, hat kaum Platz für Differenzierungen, für Gegengeschichten und widerständige Perspektiven.

Der Kampf um Relevanz

Diese Darstellung jüdischer Geschichte steht in direktem Widerspruch zur Selbstdarstellung Jüdischer Museen, die heute mehr oder weniger unisono jüdische Geschichte aus unterschiedlichen jüdischen Perspektiven erzählen, vielfältige jüdische Stimmen vorstellen und sich in gesellschaftspolitische Debatten einbringen wollen. Die Erwartungshaltung gegenüber Jüdischen Museen, so scheint es, ist stärker als jede Absichtserklärung. Der Anspruch Jüdischer Museen auf gesellschaftliche Relevanz

spiegelt sich zwar in den Wechselausstellungen sowie im Veranstaltungs- und Bildungsprogramm wider, nicht jedoch im „Herzstück“ des Museums, der Dauerausstellung. Da gerade diese Dauerausstellungen jedoch meist von Schulklassen besucht werden, die dort etwas zum Judentum und zu jüdischer Geschichte lernen sollen, gegen Antisemitismus „geimpft“ (so eine noch immer gängige politische Vorstellung) oder überhaupt zu besseren Menschen erzogen werden sollen, ist dies doppelt schade.

Letztes Jahr ist hier etwas in Bewegung geraten: Die Jüdischen Museen Frankfurt und Berlin haben ihre Dauerausstellung neugestaltet. Neben einem Fokus auf eine vielstimmige jüdische Gegenwart ist dabei angekommen, dass die Relevanz eines Museums, also das Aufgreifen gegenwärtig wichtiger gesellschaftlicher Fragen, sich auch in der Dauerausstellung widerspiegeln muss. So fragt das Jüdische Museum Frankfurt danach, was uns heute noch heilig ist und das Jüdische Museum Berlin setzt auf Themen wie Migration und Antisemitismus. Wenn sich dies fortsetzt, könnten sich die Dauerausstellungen Jüdischer Museen zu relevanten Ausstellungen entwickeln, die politische Vereinnahmung des Religiösen, Leitkulturdebatten oder Integrationsparadigma hinterfragen.

Neben der Dauerausstellung bieten alle Jüdischen Museen einen Überblick über jüdische Feste und Traditionen. Und wahrscheinlich ist nirgends die Erwartungshaltung größer als in dieser Abteilung eines Jüdischen Museums. Lehrer*innen wol-

len für den Religions- oder Ethikunterricht eine komprimierte und auf den Lehrinhalt angepasste Zusammenfassung bekommen, Besucher*innen wollen sich über „das Judentum“ informieren, die jüdische Gemeinde will sich repräsentiert sehen. Welches Judentum wird nun vorgestellt, welche Traditionen besprochen? Was ist mit all jenen Jüdinnen*Juden, die keine Traditionen leben? Bleiben sie hier ausgeschlossen? Und: Können Jüdische Museen es angesichts dieser ganz unterschiedlichen Wünsche überhaupt richtig machen?

Besonders in diesem Bereich haben Jüdische Museen in den letzten Jahren viel dazugelernt. Genauso wenig wie das Judentum hier als Einheit dargestellt werden kann, so vielfältig ist auch das Museumspublikum geworden. Ein Vergleich zu christlichen Festen oder überhaupt anderen religiösen Traditionen, wie dies in älteren Ausstellungen vorausgesetzt wurde, kann von Vielen nicht oder nicht mehr gezogen werden. Eine junge Generation säkularer Jüdinnen*Juden drängt auf Repräsentanz auch in den Jüdischen Museen. Die zunehmend diverse Gesellschaft, in der wir leben, hat die Ansprüche an Jüdische Museen verändert. Jüdische Museen werden daher andere Fragestellungen benötigen als etwa „Wie feiern Juden Schabbat?“.

Vielmehr muss vermittelt werden, dass vermeintlich althergebrachte Traditionen sich immer gewandelt haben, dass sie nicht nur von Außen, sondern auch innerhalb einer Gemeinschaft hinterfragt wurden, und dass jedes Verhältnis von Mensch zu Tradition

ein individuelles ist.

Was bleibt – was kommt?

Gegründet als Gedenkorte an eine in der Schoa vernichtete jüdische Kultur, für Nichtjuden**Nichtjüdinnen* an Orten, an denen kein jüdisches Leben mehr existierte, stehen Jüdische Museen heute einer neuen jüdischen Gegenwart in Europa gegenüber. Diese in ihrer Vielfältigkeit sowie als Teil einer diversen Gesellschaft anzusprechen, ist die Aufgabe Jüdischer Museen im 21. Jahrhundert. Wollen Jüdische Museen relevant sein, wollen sie die Gesellschaft mitgestalten, müssen sie auch aktuelle Themen und Ausstellungen entwickeln, die gesellschaftspolitische Fragen diskutieren. Erwartungshaltungen von politischen oder gesellschaftlichen Gruppen sollten Themen anregen, sollten sie aber weder bestimmen noch beschneiden. Das Museum als politischer Ort steht heute, in einer Zeit des zunehmenden politischen Populismus und der Bereitschaft auf Kulturinstitutionen einzuwirken (siehe auch die Entlassung von Dariusz Stola, des Direktors des Museums der Geschichte der polnischen Juden – Polín), auf dem Prüfstand. Jüdische Museen haben heute, insbesondere im deutschsprachigen Raum, Relevanz erlangt: Sie sind laute Stimmen geworden, wenn es um Minderheitenperspektiven geht, sie diskutieren Antisemitismus und Rassismus und reflektieren Entwicklungen unserer Gesellschaft. Und es ist zu hoffen, dass diese Relevanz nicht durch Furcht vor Kritik oder Angriffen geschmälert wird.

2021 feiert Deutschland das sogenannte Festjahr „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ und der politische Druck auf Jüdische Museen, sich in dieses Festjahr einzureihen, ist groß. Dabei zeigen viele kritische jüdische Stimmen, dass die meisten Veranstaltungen dabei wiederum nur eine recht einseitige Geschichte von Jüdinnen**Juden* erinnern und andere Perspektiven vergessen. Die Aufgabe Jüdischer Museen ist, diesen Klischees entgegenzuwirken und anderen Stimmen einen Raum zu geben.

Literatur

Max Czollek, *Desintegriert Euch!*, München 2018.

Das Jüdische Quartett „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland – wer feiert was?“. Online-Veranstaltungsreihe der Amadeo Antonio Stiftung: <https://www.youtube.com/watch?v=ZVFHO9ZiI2I> (08.06.2021).

„Jüdische Museen sind keine Holocaust-Museen“. Interview der taz mit Mirjam Wenzel und Cilli Kugelman, 21.03.2020, online: <https://taz.de/!5669205/> (08.06.2021)

Hanno Loewy, Sind Jüdische Museen „jüdisch“? (11.05.2021), online unter: <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/juedischesleben/328958/juedische-museen> (08.06.2021)

Museumsbund Österreich (Hg.): „Das Museum als Teil seines politischen Umfelds“, in: *neues museum. Die österreichische Museumszeitschrift* 1-2 (2018), S. 8–53.

Barbara Staudinger, Jüdische Museen als gesellschaftspolitischer Diskursraum. Neue Herausforderungen durch Antisemitismus, Fremdenhass und die Renaissance des Religiösen, in: Liliana Radonic, Heidemarie Uhl (Hg.), Das umkämpfte Museum. Zeitgeschichte ausstellen zwischen Dekonstruktion und Sinnstiftung, Bielefeld 2020 (Erinnerungskulturen / Memory Cultures 8), S. 201-211.

Über die Autorin

Dr. Barbara Staudinger ist Direktorin des Jüdischen Museums Augsburg Schwaben. Sie hat Geschichte, Theaterwissenschaft und Judaistik an der Universität Wien studiert. 2001 promovierte sie mit einer Studie zu „Rechtsstellung und Judenfeindschaft am Reichshofrat 1559-1670“.

Interview mit Hanno Loewy „Das Jüdische Museum Hohenems“

Das Interview wurde in Schriftform von In-
golf Seidel geführt.

IS: Du leitest seit 2004 das Jüdische Mu-
seum Hohenems, das im österreichischen
Vorarlberg gelegen ist. Kannst du kurz etwas
zur Geschichte des Ortes erzählen? Welche
Bedeutung hat die Stadt für die Geschichte
von Juden*Jüdinnen?

HL: Hohenems hat lange Zeit nicht zu Ös-
terreich gehört, sondern war bis 1758 eine
eigene Reichsgrafschaft. Das heißt, die Gra-
fen von Hohenems genossen eine gewisse
Souveränität, die sie 1617 auch politisch de-
monstrierten, indem sie mit einem Schutz-
brief die Ansiedlung von zwölf jüdischen
Familien erlaubten. Hätte Hohenems zu
diesem Zeitpunkt unter Habsburger Herr-
schaft gestanden, wäre das nicht möglich ge-
wesen. In den 1630er Jahren bestand schon
eine Gemeinde mit Friedhof und Rabbiner.
Auch wenn es im 17. Jahrhundert zweimal
zur Vertreibung der Jüdinnen*Juden in be-
nachbarte Herrschaftsgebiete kam, wuchs
die jüdische Gemeinde stetig an, auch nach-
dem Hohenems an Österreich fiel und die
Hohenemser Juden*Jüdinnen Glück hatten,
dass Maria Theresia trotz ihrer manifesten
Judenfeindschaft einen neuen Schutzbrief
für Hohenems ausstellte. Mitte des 19. Jahr-
hunderts erreichte die Mitgliederzahl der
jüdischen Gemeinde ihren Höchststand mit
ca. 550 Menschen.

Zu dieser Zeit gab es in Österreich selbst
noch keine als Verband anerkannte jüdische
Gemeinde, nur in Habsburger Herrschafts-
gebieten wie Böhmen, Ungarn oder in Polen.

Viele Hohenemser Juden*Jüdinnen lebten
lange Zeit wie andere Landjudengemeinden
vom Viehhandel und ähnlichen mit der loka-
len Wirtschaft verbundenen Gewerben. Doch
schon früh waren die Hohenemser*innen
auch im internationalen Handel mit Texti-
lien, Gewürzen, Silberwaren oder Wein tä-
tig. Ende des 18. Jahrhunderts wurden ei-
nige von ihnen zu Hoffaktoren ernannt und
konnten aufgrund ihrer Handelstätigkeit für
den Habsburger Hof – oder für die Habs-
burger Armeen in den „Franzosenkriegen“
– ökonomisch aufsteigen.

Die Zahl der Familien, also der männlichen
Familienvorstände, in Hohenems blieb li-
mitiert. Nach 1813 – unter bayrisch-napo-
leonischer Herrschaft – wurde sie auf 90
festgesetzt. Doch nach wie vor hieß das,
dass zumeist nur der erstgeborene Sohn den
Ansiedlungstitel des Vaters erben konnte.
Ihre zu dieser Zeit noch zahlreichen Kinder
mussten die Hohenemser*innen zumeist
im Ausland verheiraten. Die damit einher-
gehende Heiratsmigration trug wie auch
andernorts zur Ausbildung von transnati-
onalen Familiennetzwerken bei. Wobei die
vielen Armen der Gemeinde, die ihren Le-
bensunterhalt vor allem durch das Hausier-
gewerbe in Deutschland oder der Schweiz
verdienen mussten oder als Knechte und
Mägde bei jüdischen Familien ihr Auskom-
men fanden, häufig gar nicht die Mittel auf-
brachten, um heiraten zu können. Ab 1830

führte das zu einer ersten Auswanderungswelle in die USA.

Der Mittelstand heiratete in die süddeutschen Landgemeinden oder in die zwei Judentöcher im schweizerischen Aargau. Die wohlhabenden Hoffaktorenfamilien und jene Kaufleute, denen es gelang, mit „Schweizerware“, Textilien aus der aufstrebenden Ostschweizer Stickereiindustrie erfolgreich zu handeln, schickten ihre Kinder hingegen in die europäischen Metropolen, nach Paris, London, Frankfurt oder in das aufstrebende Triest, in italienische Hafenstädte oder gar nach Konstantinopel und Smyrna. Erst nach 1848 wurden die Niederlassungsbeschränkungen sukzessive aufgehoben. Gleichberechtigt waren die Hohenemser Jüdinnen*Juden freilich noch immer nicht. Sie „durften“ weiterhin eine „politische Judentöcher“ bilden und mussten dafür höhere Steuern zahlen. Erst 1878, elf Jahre nach dem Staatsgrundgesetz, wurden in Hohenems die Christen- und die Judentöcher vereinigt. Zu dieser Zeit war die Gemeinde schon am Dahinschmelzen. Wer konnte, zog in die Großstädte und natürlich in die nahe Schweiz, zu der Hohenems als Grenzort zu St. Gallen schon lange intensive Beziehungen hatte.

Was blieb, war die Verbundenheit der mittlerweile in alle Welt zerstreuten Familien mit dem kleinen Ort, dessen beide Hauptstraßen bis 1909 noch offiziell „Israelitengasse“ und „Christengasse“ hießen. Zu dieser Zeit hatte der letzte bedeutende Rabbiner von Hohenems, Aron Tänzer, den Hohenemser*innen vor seinem Weggang nach Württemberg

schon ihr Geschichtswerk, ihre Genealogie und ein Archiv zwischen zwei Buchdeckeln hinterlassen. Sein Wälzer Die Geschichte der Juden von Hohenems trug dazu bei, den Familien ein Zusammengehörigkeitsgefühl zu vermitteln, das auch die Vernichtung der winzig gewordenen Gemeinde zwischen 1938 und 1945 überlebte. 1953 gründeten Nachkommen in der Schweiz den Hohenemser Friedhofsverein und kauften der Tiroler Kultusgemeinde den rückerstatteten jüdischen Friedhof in Hohenems ab. So besteht heute in unmittelbarer Nachbarschaft quasi ein Rechtsnachfolger der alten Gemeinde. Und als 1986 der Museumsverein gegründet wurde und 1991 das Museum seine Pforten öffnete, begann eine rege Kommunikation mit den Nachkommen, die in vieler Hinsicht dem Museum seinen besonderen Charakter verliehen hat, als treuhänderisches Archiv, als genealogische Forschungsstelle, als Drehscheibe von Familiennetzwerken, die sich alle zehn Jahre in internationalen Nachkommentreffen manifestiert, und als Mittelpunkt einer kosmopolitischen Museumscommunity. Die schätzt es, dass das Museum als heiß geltende Themen ohne Berührungängste und ohne Scheuklappen anfasst und kritische Impulse in die Landschaft der „Erinnerungskultur“ sendet genauso wie in zeitgenössische Debatten um das Verhältnis von Diaspora und Israel oder in die multikulturellen Konfliktlagen der europäischen Einwanderungsgesellschaft.

IS: Was zeichnet die Museumsarbeit vor Ort besonders aus? Gibt es in Hohenems so etwas wie eine Agenda bei der Vermittlung

jüdischer Geschichte?

HL: Als das Museum gegründet wurde, öffnete sich Österreich gerade – mit ein wenig Verspätung zu Deutschland – einer kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und der Erbschaft des Nationalsozialismus. So stand die Gründungsphase des Museums noch im Zeichen geschichtspolitischer Debatten in einer Vorarlberger Gesellschaft, die insgesamt von kulturellen Aufbrüchen geprägt war. Das Museum, hervorgegangen aus einer zivilgesellschaftlichen Bewegung von lokalen und regionalen Aktivist*innen, wurde rasch zu einem intellektuellen Brennpunkt des Landes und nahm eine dezidiert politische Funktion der Herstellung von kritischer Öffentlichkeit wahr. Großes Streitthema war zu dieser Zeit die „Wiederentdeckung“ des Vorarlberger Alltagsantisemitismus in der Landesgeschichte. Und die Auseinandersetzung mit den Geschichtsmysmen einer heilen Welt von christlich-jüdischem Zusammenleben.

Doch schon mit der Eröffnung 1991 bekannten sich das Museum und die Politik, die es nun trug, dazu, auch ein Austragungsort für Debatten rund um die Entwicklung der Vorarlberger Einwanderungsgesellschaft zu sein. In den Entwürfen für die erste Dauerausstellung blitzte, damals noch ohne Folgen, das Thema der „türkischen“ Migrant*innen hervor, die inzwischen nicht zuletzt das ehemalige „jüdische Viertel“ bewohnten. In den folgenden Jahren begann das Museum in seinen Vermittlungsprojekten freilich Fragen nach dem Zusammenleben der Gegenwart offensiv zu stellen. Und

zugleich galt es, die schiere Tatsache eines jüdischen Lebens und damit die lange Dauer einer nicht-christlichen Einwanderung im Land mit den Mitteln einer betont sachlichen und demonstrativ wissenschaftlichen Ausstellung, aber auch mit „populären“ Projekten wie der Projektion auf „belichtete Häuser“ und irritierende „Blickstationen“ niederschwellig und zugleich spektakulär ins allgemeine Bewusstsein zu bringen.

Parallel dazu entwickelte sich der Kontakt mit den in alle Welt zerstreuten Nachkommen, deren Bewusstsein weniger von der Shoah, der deutschen Vernichtungspolitik geprägt war, die nur kleinere Teile der Familien in Deutschland und Wien unmittelbar getroffen hatte, als vielmehr von einer weltbürgerlichen Einstellung, die sich in einer diasporisch orientierten Haltung des Museums widerspiegelte.

Grundsätzlich hat das Haus eine „Philosophie“ des Ausstellungsmachens entwickelt, die der grundlegenden Ambivalenz des Gegenstandsfeldes geschuldet ist. Natürlich ist Mehrdeutigkeit im Grunde jedem Museum konstitutiv eingeschrieben. Peter Sloterdijk spricht von einer „Schule des Befremdens“ – und meint damit natürlich insbesondere kulturhistorische Museen, die das Vertraute verfremden und das Fremde vertraut erscheinen lassen. Aber für jüdische Geschichte in der Welt gilt dies im besonderen Maße. Alle Kategorien, alle Fiktionen von „Zugehörigkeit“ und „Unzugehörigkeit“, von „Fremdem“ und „Eigenem“ geraten im Blick auf „Jüdisches“ in Bewegung und werden herausgefordert. Das Judentum, genauer

jüdisches Leben in Europa war lange Zeit als das exemplarische „Andere“ der christlichen Kultur begriffen worden. Exemplarisch und vor allem untrennbar mit dem Anspruch des Christentums verbunden. Das Christentum war undenkbar ohne seine Verbindung zum Judentum, zur jüdischen, biblischen Geschichte, die als „Vorgeschichte“, als „Prophetie“ des Christentums wahrgenommen wurde. Und untrennbar zu einer jüdischen Gegenwart, die im Interesse der christlichen Mehrheitsgesellschaft interpretiert wurde. Jüdisches Leiden machte aus der Sicht des Christentums symbolischen, ja metaphysischen Sinn. Und die Rolle von Juden*Jüdinnen als Agenten des Kulturtransfers und der transnationalen Beziehungen machte auch politisch, ökonomisch und kulturell Sinn – in den Augen und in den Grenzen der Mehrheitsgesellschaft. Also haben wir in unseren Ausstellungen immer wieder Räume geöffnet für die Wahrnehmung von zweideutigen Gegenständen, die so etwas wie Beziehungsräume öffnen. Ob das eine Ausstellung über die unterschiedlichen symbolischen und ganz realen „Besetzungen“ Jerusalems war oder eine Ausstellung über „Was Sie schon immer über Juden wissen wollten... aber nicht zu fragen wagten“, die sich mit den Fantasien über Juden*Jüdinnen beschäftigte, die Besucher*innen hier ins Haus tragen und die sich in ihren Fragen „verstecken“. Oder wir haben nach der Rolle von jüdischen Musikern, Komponisten und Produzenten in der Entstehung der globalen Musikkultur des 20. Jahrhunderts gefragt. Und in einer

Ausstellung über das Branding und die Mythen von Tel Aviv und Jaffa universelle Fragen nach den Auswirkungen von Gentrification gestellt. Eine Ausstellung lud einfach dazu ein, ein „gewisses jüdisches etwas“ für eine Ausstellung ins Haus zu bringen und zu erklären, was es damit auf sich habe. Heraus kamen 100 Antworten auf die Frage, was Menschen für „jüdisch“ halten.

IS: Etwas grundsätzlicher zu den Aufgaben eines jüdischen Museums. Sollte es Aspekte von jüdischer Religion und Kultur in den Mittelpunkt stellen? Es gibt berechtigte Kritik daran, das Judentum auf eine Verfolgungsgeschichte und die Rolle von Opfern in der Shoah zu reduzieren. Gleichzeitig lässt sich die Geschichte von Juden*Jüdinnen kaum ohne diese beiden Aspekte erzählen. Gibt es einen Ausweg aus diesem Spannungsfeld?

HL: Ich glaube, dieses Spannungsfeld ist konstitutiv. Auch wenn ich seine Pole anders benennen würde. Als das Museum gegründet wurde, gab es erbitterte Auseinandersetzungen. Getragen freilich auch von der eminenten Bedeutung, die alle Seiten dem Thema zumaßen. Sollte das Museum ein Heimatmuseum der friedlichen Koexistenz von Juden*Jüdinnen und Christ*innen sein, sozusagen eine lokale Erfolgsgeschichte erzählen? Oder sollte es vor allem ein kritischer Stachel im Fleisch der Mehrheitsgesellschaft sein und dokumentieren, wie sehr das Leben der jüdischen Minderheit von der Willkür der Herrschaft, vom Verhalten der Mehrheitsgesellschaft, von Einschränkungen und Ressentiments geprägt war? Es war

die eher affirmative Sicht auf das Judentum, auf die Jüdinnen*Juden, die stärker deren Fremdheit, symbolisiert durch Gegenstände der religiösen Praxis, betonen wollte. Und die kritische Perspektive wollte die Ausgrenzung als Praxis der Mehrheitsgesellschaft thematisieren.

In der konkreten Arbeit des Museums, schon in den Auseinandersetzungen um die Dauerausstellung, löste sich diese Polarisierung nicht auf, aber sie veränderte sich. Es ging nun nicht mehr nur um Antisemitismus vs. Religion, sondern um sich assimilierende Lebenspraxis vs. dissoziierende Ausgrenzungspraxis. Schon 1991 gelang es, den Blickwinkel zu verändern, der bis dahin vielerorts herrschenden Praxis, „Jüdisches“ über quasi ethnografisch wahrgenommenes „Kultgerät“ zu präsentieren, einen eher kultursoziologischen und zuweilen auch rechtshistorischen Ansatz entgegenzusetzen. Was fehlte, war das „Fleisch“ einer eigenen Sammlung und Ego-Dokumente, die stärker den Einblick auch in eine Binnenperspektive ermöglicht hätten.

Als wir 2007 die Dauerausstellung vollkommen neu konzipierten, konnte das Museum auf eine solche Sammlung zurückgreifen, die aus dem gewachsenen Vertrauen der Nachkommen, aber auch mancher „einheimischer“ Sammler gewachsen war. Nun ging es darum, das Spannungsfeld von Selbstbestimmung und Fremdbestimmung, von Identitätsbedürfnissen und Projektionen von außen auszuloten. Und dabei konnten nun auch die „metaphysische“ Dimension, die Rolle religiöser Sinnstiftungen,

Traditionsbestände und ihr Wandel vor dem Hintergrund von krisenhaften Erfahrungen und zyklisch wiederkehrenden Lebensereignissen quer durch die Geschichte betrachtet werden. Und durch Objekte in ihrer ganzen Zweideutigkeit zwischen säkularem Alltag und Tradition, konkreter Familienerinnerung und „kollektiver“ *longue durée* repräsentiert werden.

Dabei spielt der Aspekt der familiengestützten Gemeinschaftsbildung jenseits traditioneller Religiosität und nationaler Identitäten eine entscheidende Rolle – für die auch die genealogische Arbeit des Museums gleichsam symbolisch einsteht.

IS: Die Mehrzahl der westeuropäischen Gesellschaften sind durch Einwanderung geprägt und werden als *divers*, als Migrationsgesellschaft oder als postmigrantisch bezeichnet. Siehst du die Aufgabe eines jüdischen Museums darin, Aspekte der Migration von Juden*Jüdinnen darzustellen? Und sollten diese in Bezug zu anderen Migrationsbewegungen gestellt werden? Funktioniert beides in einer rein nationalen Perspektive?

HL: Jüdische Geschichte ist Migrationsgeschichte. Und diese Migrationsgeschichte bedeutet spezifische Erfahrungen, die das Bewusstsein jüdischer Familien und die Lebensentwürfe einzelner Juden*Jüdinnen prägen. Häufig sehr viel mehr als traditionelle Formen religiöser Observanz.

Freilich, jüdische Migrationsgeschichte ist nicht einfach identisch mit Migrationserfahrungen wie wir sie in der Gegenwart

immer stärker als entscheidende Herausforderungen der Gesellschaft wahrnehmen. Man könnte sagen, in jüdischen Migrationserfahrungen verdichten sich Aspekte solcher Erfahrungen zugleich in einer *longue durée* und in symbolischen Deutungen, die auch jüdische Religiosität bzw. jüdische Identitätserzählungen prägen. Kurz gesagt: Jüdische Migrationserfahrung ist so wie andere Migrationserfahrung auch, aber sehr viel mehr so.

Jüdische Familiengeschichte ist eine Geschichte von mehrfacher Migration, von fortwährender Prekarität, wenn auch manchmal auf ökonomisch allerhöchstem Niveau. Jüdische Geschichte ist eine Folge von Wanderungen und von Netzwerken, die schließlich eine polyzentrische Diaspora ausgebildet haben, mit bedeutenden Knotenpunkten, die selbst symbolische „Heimaten“ wurden, aber freilich auf Zeit. Auch die Hohenemser Nachkomm*innen sprechen von einer „Hohenemser Diaspora“.

Und die Gründungserzählungen des Judentums sind Erzählungen von Migration, Exil, Flucht und Befreiung und haben die religiöse Praxis eingefärbt, sozusagen den jüdischen Traum. Die Realität der „Rückkehr“ an den vermeintlichen Ursprung hingegen ist in vielerlei Hinsicht eine Geschichte von Enttäuschungen. Auch wenn sie uns als Erfolgsgeschichte verkauft wird. Die Geschichte der „Rückkehr“ nach Israel ist in Wirklichkeit eine Geschichte der Resignation. Eine Implosion, „eine Rückkehr des Kreises in sich selbst, das Ende einer Bewegung“, wie es Stefan Zweig in einem Brief an Martin

Buber geschrieben hat, „eine tragische Enttäuschung wie jede Wiederholung“.

Und dies zu einem Zeitpunkt, wo Migrant*innen der Gegenwart neue diasporische Netzwerke ausbilden, freilich zumeist mit einem staatlich verfassten Mittelpunkt – aber auch mit Zentren, die in Auflösung begriffen sind, die sich selbst zerstören.

Jüdische Migrationsgeschichte ist, wie alles was mit dem Judentum zu tun hat, auch in dieser Gegenwart der Migrationen ein manchmal trügerischer, manchmal irritierender und verwirrender, manchmal auch paradoxe Erkenntnisse stiftender Spiegel. Immer aber ein Anlass für Selbstbefragungen und Debatten.

Über den Interviewten

Der Literatur- und Medienwissenschaftler Hanno Loewy arbeitet als Direktor des Jüdischen Museums Hohenems und ist zudem publizistisch tätig. Er war 1995 Gründungsdirektor des Fritz Bauer Instituts in Frankfurt am Main, war zuvor an dessen Aufbau beteiligt und blieb bis 2000 dessen Direktor.

Das Museum POLIN – Jüdische Geschichte als (geschichts-) politischer Streitpunkt

Von Ingolf Seidel

Um es gleich vorwegzunehmen: Ich bin kein Experte für das POLIN, das *Museum für die Geschichte der polnischen Juden (Muzeum Historii Żydów Polskich)* in Warschau, wenn ich auch das Haus mehrfach besucht und in Gesprächen mit Mitarbeiter*innen kennengelernt habe. Dieser Text maßt sich daher nicht an, die kuratorische und museumsdidaktische Seite auszuleuchten. Der Beitrag wurde notwendig, weil es nicht gelungen ist, eine*n Autor*in zu finden, die*der sich bereitgefunden hätte, einen Beitrag über das POLIN zu schreiben, der neben anderen Aspekten notwendigerweise auch die Auswirkungen der polnischen Regierungs- und Geschichtspolitik auf das Museum thematisiert hätte. Es ist zugegeben ein wenig spekulativ anzunehmen, die Absagen auf Textanfragen würden auf dem Klima von Einschüchterung beruhen, von dem Kolleg*innen aus Polen berichten, das neben anderen gesellschaftlichen Bereichen auch den Wissenschafts- und Museumsbetrieb nicht auslöst. Anzeichen für ein Klima, in dem die Freiheit der Wissenschaft nicht gewährleistet ist, gibt es einige, ebenso wie für eine Polonisierung von historischen Narrativen.

Das POLIN ist nicht die einzige Einrichtung, auf die sich die Politik der regierenden PiS (Prawo i Sprawiedliwość, Recht und

Gerechtigkeit) auswirkt. National-konservativ, klerikal, trans- und homo- sowie frauenfeindlich sind Attribute, die der Partei nicht ohne Gründe zugeschrieben werden. Die seit 2015 allein regierende PiS verändert das Land und das nicht zum Guten.

Der politische Zugriff auf das POLIN ist schwieriger als in anderen Fällen, da sich das Museum in gemischter, öffentlicher und privater Trägerschaft befindet. Die Zuständigkeit der öffentlichen Seite ist geteilt. Zum einen liegt sie beim *Ministerium für Kultur und nationales Erbe (Ministerstwo Kultury i Dziedzictwa Narodowego)*, seit 2015 geführt durch den PiS-Politiker Piotr Gliński, und bei der Stadtregierung von Warschau. Die private Seite ist durch das renommierte *Jüdische Historische Institut (Stowarzyszenie Żydowski Instytut Historyczny)* im Dreigespann vertreten. Eröffnet wurde das noch nicht vollständig fertiggestellte Museum am 19. April 2013 zum 70. Jahrestag des jüdischen Aufstands im Warschauer Ghetto. Die Lage des Museums im Stadtzentrum hat einen hohen Symbolwert. Vor dem Zweiten Weltkrieg wurde das Stadtviertel, in dem das Museum situiert ist, vorwiegend von Jüdinnen*Juden bewohnt. Die deutschen Besatzer errichteten hier das von ihnen als *Jüdischer Wohnbezirk in Warschau* bezeichnete Ghetto, das Teil der antisemitischen Vernichtungspolitik war. Vor dem Museum befindet sich das bekannte *Denkmal der Helden des Ghettos (Pomnik Bohaterów Getta)* von Nathan Rapaport aus dem Jahr 1948. Die Kernaussstellung wurde im Jahr 2014 eröffnet. Sie hatte zum Ziel,

1000 Jahre jüdisch-polnische Geschichte vom Mittelalter bis in die Gegenwart in acht Abteilungen zu zeigen. Über die von Rainer Mahlamäki stammende Bauform schrieb Richard Herzinger aus Anlass der Eröffnung unter der nahezu euphorisch wirkenden Überschrift „Polen trägt sein neues Selbstbild nach Europa“: „Nach außen ist die Architektur aus Glas, Kupfer und Beton quadratisch-minimalistisch, innen ist sie dramatisch bewegt. Die gewölbten Wende (sic) am Eingang assoziieren das sich teilende Rote Meer, und deuten so einen Weg aus dem Schrecken in eine bessere Zukunft an.“ (Herzinger: 2014) Nun lässt sich die polnisch-jüdische Geschichte nicht ohne Bezugnahme auf Antijudaismus und Antisemitismus erzählen, die jenseits der deutschen Besatzung prägend für das wechselseitige Verhältnis waren.

Dazu gehören der auch heute noch präsente katholisch-christlich grundierte Juden Hass und Serien von Pogromen im 19. und 20. Jahrhundert, zu denen auch das in der Kleinstadt Jedwabne von polnischen Einwohner*innen im Juli 1941 verübte Pogrom gehört oder das Pogrom von Kielce, verübt am 4. Juli 1946. Bei letzterem bildeten christliche Ritualmordlegenden das ideologische Fundament zur Ermordung von 80 Jüdinnen*Juden, welche die deutsche Vernichtungspolitik überlebt hatten. In der Folge wanderten zehntausende polnische Juden*Jüdinnen aus. Auch die am autoritären sogenannten real existierenden Sozialismus orientierte Volksrepublik Polen war nicht frei von Antisemitismus.

Unter dem Ersten Sekretär der Staatspartei *Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza)* Władysław Gomułka wurde 1968 eine Kampagne inszeniert, deren antisemitischer Charakter dürftig als antizionistisch kaschiert wurde. Auch diese Kampagne hatte eine große Auswanderungswelle unter den ca. 40.000 noch in Polen lebenden Jüdinnen*Juden zur Folge.

Der von 2014 bis 2019 amtierende Direktor des Museums POLIN, Dariusz Stola, geriet ins Visier der rechten Regierung. Eine Rolle spielte dabei der konstruiert wirkende Vorwurf, Stola solle eine Konferenz zum Andenken an den 2010 verstorbenen Staatspräsidenten und PiS-Politiker Lech Kaczyński sabotiert haben. Kaczyński hatte sich seinerzeit für die Gründung des Museums eingesetzt. Vonseiten des Museums wurde der Vorwurf zurückgewiesen. Folgenreicher war der Streit um die Sonderausstellung *Obcy w domu. Wokół Marca '68 (Fremd daheim. Über den März '68)*. Die Schau wurde von März bis September 2018 im POLIN gezeigt und widmete sich der antisemitischen Kampagne des Jahres 1968. Sie wurde mit 116.000 Besucher*innen die erfolgreichste Sonderausstellung des Museums (Heinemann 2020b: 257). Die Ausstellung polarisierte die polnische Öffentlichkeit. Dementsprechend breit berichtete die Presse, was zu der hohen Zahl der Besucher*innen beitrug. Die Kontroverse um die Ausstellung wurde entfacht durch eine Sektion, „in der jüngste öffentliche antisemitische Äußerungen parallelen Aussagen aus dem Jahr 1968 gegenübergestellt wurden.“ (Heinemann

2020b: 257).

Während die Ausstellung in liberalen Medien positiv rezipiert wurde, tobte die rechte Presse. Es lohnt sich, dazu ein ausführliches Zitat von Jan Fiedorczuk in *Do Rzeczy* zur Kenntnis zu nehmen: „Die polternde Ausstellung ‚Obcy w domu. Wokół Marca ’68‘ ist in gewisser Weise das ideologische Manifest der neuen Linken. Den Ausstellungsmachern zufolge waren die Verursacher der Ereignisse vor einem halben Jahrhundert gar nicht die Kommunisten, sondern Feinde der Toleranz, Feinde des ‚Fremden‘. Früher verfolgten sie Juden und heute diffamieren sie Schwule, Flüchtlinge oder Deutsche. Die heutigen Rechten sind die Erben des Hasses und die ideologischen Verwandten der damaligen Antisemiten – das suggeriert die Ausstellung.“ (zit. nach Koszarska-Szulc / Romik 2018: 102)

Die Angelegenheit überschneidet sich mit der Kritik von Dariusz Stola an einer gesetzlichen Regelung, die unter dem irritierenden Namen „Holocaust-Gesetz“ bekannt wurde. Korrekterweise handelt es sich um die *Novellierung des Gesetzes über das Institut für Nationales Gedenken (Instytut Pamięci Narodowej – IPN)*. Der Vorwurf an Stola war in diesem Fall der einer angeblich zu großen politischen Aktivität aufgrund seiner kritischen Haltung (vgl. Heinemann 2020a). Vordergründig geht es in der Novelle darum, falsche Bezeichnungen wie „polnische Todeslager“ oder „polnische Konzentrationslager“ mit hohen Geld- und Gefängnisstrafen unter Strafe zu stellen. Es richtete sich jedoch in der Praxis gegen Historiker*innen,

wie etwa Jan Tomasz Gross, Jan Grabowski, Anna Bikont oder Anna Engelking, die auf den polnischen Antisemitismus und daraus folgende Pogrome hinweisen (Stein / Zimmermann 2018). Der Novellierung im Januar 2018 folgten internationale Proteste und eine diplomatische Krise in den Beziehungen Polens zu Israel und darauf eine leichte Abschwächung, indem u.a. die vorgesehenen bis zu dreijährigen Haftstrafen gestrichen wurden.

Für den Direktor des POLIN hatten die Angriffe seitens der PiS Folgen. Zwar konnte er aufgrund der geteilten Trägerschaft weniger leicht entlassen werden, wie es zuvor dem Gründungsdirektor des Museums des Zweiten Weltkriegs (Muzeum II Wojny Światowej) in Gdańsk Paweł Machcewicz ergangen war, aber Kulturminister Gliński lehnte die Verlängerung des 2019 endenden Vertrages von Stola ab. Der Leitungsposten für das Museum wurde neu ausgeschrieben. Stola gewann die Ausschreibung aufgrund des Votums der Auswahlkommission. Erneut verweigerte Minister Gliński die Berufung von Stola, nachdem er zuvor erklärt hatte, eine*n Gewinner*in der Ausschreibung zu akzeptieren. Dies war für das POLIN jenseits der Personalie eine der Arbeit abträgliche und unhaltbare Situation.

Letztlich war es Dariusz Stola, der die Museumsarbeit vor seine Interessen setzte und auf den Posten des Direktors verzichtete, obwohl er ihm juristisch zugestanden hätte. Statt Stola wurde dessen vormaliger Stellvertreter Zygmunt Stępiński neuer Museumsdirektor.

Der Umgang mit dem POLIN ist kein Einzelfall, wie der kurze Hinweis auf Paweł Machcewicz zeigt. Auch das *Europäische Solidarność-Zentrum (Europejskie Centrum Solidarności, ECS)* geriet durch die PiS-Regierung unter Druck. Auch hier weigerte sich der Kulturminister, die Ernennungsurkunde des Direktors zu unterzeichnen. Zudem wurde dem ECS für das Jahr 2019 die finanzielle Zuwendung seitens des Ministeriums von sieben auf vier Millionen Złoty, also von rund 1.547.000 € auf ca. 884.000 €, gekürzt. Die erneute Aufstockung der Mittel machte Gliński „davon abhängig, die Besetzung wesentlicher Stellen im ECS direkt vorzunehmen, wodurch er Einfluss auf die inhaltliche Ausrichtung der Arbeit dieser Institution erhielt.“ (Heinemann 2020b: 258f)

Auch die Gedenkstätte Auschwitz bleibt von der neuen Gesetzgebung nicht unberührt. Mit der Berufung von Beata Szydło, ebenfalls Mitglied der PiS und von 2015 –bis 2017 polnische Regierungspräsidentin, löste Gliński in diesem Jahr einen Eklat aus. Mehrere Beiratsmitglieder der Gedenkstätte traten aus Protest aus dem Gremium aus. Es ist offensichtlich, dass die rechtsgerichtete polnische Regierung bestrebt ist, geschichtspolitisch auf die Museen im Land Einfluss zu nehmen, um ein nationalistisches polnisches Narrativ durchzusetzen. Dazu gehört die Auseinandersetzung um den originär in Polen vorhandenen Antisemitismus in Geschichte und Gegenwart zu unterbinden oder mindestens in politisch genehme Bahnen zu lenken. Vor diesem

Hintergrund stellt sich die Frage, ob und zu welchen Bedingungen Bildungs- und Begegnungsprojekte noch sinnvoll möglich sind. Hier sind Stiftungen, Jugendwerke und Bildungsträger, die regelmäßig deutsch-polnische Projekte durchführen oder finanzieren, gefordert, sich immer wieder aufs Neue öffentlich zu positionieren und sich zudem mit polnischen Kolleg*innen und Einrichtungen zu solidarisieren, die durch die autoritäre polnische Regierungspolitik eingeschüchtert oder gemäßregelt werden sollen.

Literatur

Monika Heinemann: Politik im Museum – der Kampf um Deutungshoheiten im polnischen Museumsboom, Dossier Polen der Bundeszentrale für politische Bildung, 10.07.2020 (2020a), <https://www.bpb.de/internationales/europa/polen/312642/analyse-politik-im-museum-der-kampf-um-deutungshoheiten-im-polnischen-museumsboom>.

Monika Heinemann: Der Kampf um das „moderne“ Museum – Zeitgeschichte im polnischen Museumsboom, in: Ljiljana Radonic, Heidemarie Uhl: Das umkämpfte Museum. Zeitgeschichte ausstellen zwischen Dekonstruktion und Sinnstiftung, 2020 (2020b) Bielefeld. S. 241 – 261.

Richard Herzinger: Polen trägt sein neues Selbstbild nach Europa, Die Welt, 23.10.2014, <https://www.welt.de/politik/ausland/article133559405/Polen-traegt-sein-neues-Selbstbild-nach-Europa.html>.

Florian Kellermann: Jüdisches Museum ohne Direktor, 03.10.2019, https://www.deutschlandfunkkultur.de/polnische-kulturpolitik-juedisches-museum-ohne-direktor.1013.de.html?dram:article_id=460268.

Justyna Koszarska-Szulc/ Natalia Romik: Die Sonderausstellung Obcy w Domu. Wokó Marca '68 (Fremd daheim. Über den März '68) im Museum POLIN in Warschau, in: Daniel Mahla/Evita Wiecki (Hrsg.): März '68 in Polen – Eine antisemitische Kampagne und ihre Folgen. Münchner Beiträge zur jüdischen Geschichte und Kultur. Jg. 12 Heft 2, 2018, S. 86 – 104, https://www.jgk.geschichte.uni-muenchen.de/muenchner-beitraege/2018_2/2018_2.pdf.

Marin Sander/ Sigrid Brinkmann: Streit um Polin-Museum in Warschau, 19.07.2019, https://www.deutschlandfunkkultur.de/kulturkampf-in-polen-streit-um-polin-museum-in-warschau.1013.de.html?dram:article_id=454351.

Shimon Stein/ Moshe Zimmermann: Mehr Politik als Wahrheit, ZEIT ONLINE, 22.02.2018, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-02/holocaust-gesetz-polen-justizreform-israel>.

Interview mit Miriam Bistrovic über das Shared History Project – 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland

Das Interview wurde in Schriftform von Thomas Hirschlein geführt.

LaG: Liebe Miriam Bistrovic, als Leiterin der Berliner Büros des Leo Baeck Instituts New York / Berlin begleiten Sie das *Shared History Project* von Anfang an. Um was geht es im Projekt und warum haben Sie den Titel *Geteilte Geschichte* für das Projekt gewählt?

MB: 2021 jährt sich zum 1700. Mal die erste dokumentierte Erwähnung einer jüdischen Gemeinde nördlich der Alpen. Ein Dekret des römischen Kaisers Konstantin aus dem Jahre 321 erlaubte es den Kölner Stadtratsabgeordneten erstmalig auch Juden zur Übernahme öffentlicher Ämter zu verpflichten. Das Leo Baeck Institut New York | Berlin (LBI) hat das *Shared History Project: 1700 Jahre jüdisches Leben* im deutschsprachigen Raum ins Leben gerufen, um diese facettenreiche und vielstimmige Geschichte zu erzählen und zu zeigen, wie eng jüdische Geschichte und der Alltag der jüdischen Gemeinschaft in dieser Region mit den Erfahrungen der Mehrheitsbevölkerung verflochten sind. Denn wenn selbst Massenmedien in Bezug auf das Judentum in Deutschland von einer „unbekannten Welt nebenan“ sprechen und im öffentlichen Diskurs immer wieder von „den Deutschen“ und „den Juden“ geredet wird, als handele es sich dabei um zwei komplett getrennte, monolithische Entitäten, ist offensichtlich, dass das

grundlegende Wissen über die 1700-jährige gemeinsame Geschichte fehlt und jüdisches Leben in Deutschland jenseits der Berichte über Verfolgungen und Diskriminierung in der gesellschaftlichen Wahrnehmung und in den Lehrplänen bisher kaum eine Rolle spielt.

Wir hoffen, dass sich dies im Rahmen des aktuellen Festjahrs zum jüdischen Leben in Deutschland ändern wird und das Shared History Projekt ist unser Beitrag zu diesem deutschlandweiten Netz aus Projekten und Veranstaltungen, der sogar über die Landesgrenzen hinausreicht und den deutschsprachigen Raum abdeckt. Im Shared History Projekt wollen wir Juden*Jüdinnen nicht als Opfer oder passive Objekte der geschichtlichen Entwicklung, sondern als handelnde und aktive Subjekte im historischen Kontext vorstellen.

Die Mehrdeutigkeit des Titels war dabei eine bewusste Entscheidung. Je nach Lesart kann sowohl das Verbindende, der gemeinsame Austausch im Vordergrund stehen - oder das Trennende, der gesellschaftliche Ausschluss. Dieses Wechselspiel einer zwischen zwei Extremen pendelnden Lebenswelt und deren zahlreiche dazwischenliegende, ambivalente Erfahrungen spiegelt zugleich die Erfahrungen und den Alltag von Juden*Jüdinnen in den letzten 1700 Jahren wider. Schließlich lösten sich Zeiten der Anerkennung und des gemeinsamen kulturellen und wirtschaftlichen Miteinanders immer wieder mit Phasen der Ausgrenzung und Verfolgung ab.

LaG: Seit seiner Gründung verfolgt das Leo Baeck Institut New York / Berlin das Ziel, das kulturelle Vermächtnis des deutschsprachigen Judentums, das durch die Shoah nahezu ausgelöscht wurde, zu bewahren. Inwiefern leistet das Projekt *Shared History* hierfür einen Beitrag und welche Bedeutung kommt der Shoah im Projekt zu?

MB: Die Geschichte des deutschsprachigen Judentums ist einzigartig. Schon 1932 wies der Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens anlässlich des 1600-jährigen Bestehens jüdischen Lebens im deutschsprachigen Raum in seiner Broschüre „Wir Deutschen Juden. 321 – 1932“ darauf hin, dass im Gegensatz zu anderen Auswandernden, wo sich nach ein bis zwei Generationen bereits ein Verlust der Muttersprache beobachten ließe, sich die deutsche Sprache über die Jahrhunderte im Jiddischen bewahrt habe: „Ein wesentliches Merkmal der kulturellen und nationalen Gemeinschaft ist die Sprache. [...] Während des ganzen Mittelalters haben sie nicht nur diese deutsche Muttersprache gesprochen, sondern auch in ihr geschrieben, gedichtet und gesungen.“ Das Bewahren dieser Jahrhunderte umfassenden Geschichte und Kultur ist seit 1955 die Kernaufgabe des Leo Baeck Instituts.

Wie uns allen schmerzhaft bewusst ist, werden die Überlebenden der ‚Kindertransporte‘ von 1938/39 bald zu den letzten Zeitzeug*innen, die uns noch persönlich von ihren Erfahrungen berichten können. In nicht allzu ferner Zukunft wird ihre Aufgabe, Zeugnis abzulegen, somit auf die Archive

übergehen, in denen bereits jetzt ihre Memoiren, Tagebücher und Briefe liegen. Es gilt daher, neue Wege und Möglichkeiten zu finden, die historischen Quellen nicht nur zu bewahren, sondern auch zu erschließen, um sie auch zukünftigen Generationen nahezubringen. Im Zeitalter der Digitalisierung stehen uns dafür natürlich ganz neue Optionen zur Verfügung. So existiert seit 2012 unser Portal DigiBaeck, auf dem sich inzwischen 4 Millionen Seiten aus unseren Archivbeständen abrufen lassen - weltweit und ohne Zugangsbeschränkungen.

Doch diese Öffnung erfordert zugleich zusätzliche Betreuung. Früher waren es vor allem Historiker*innen, die Dokumente und unbekannte Texte erschlossen haben. Heutzutage, wo jede*r die Möglichkeit hat, ungeachtet von Vorkenntnissen, in den Archivalien zu recherchieren, sind seitens der Archive zusätzliche Schritte vonnöten, um Materialien zu kontextualisieren – eine Aufgabe, die auch zukünftig ein hohes Maß an manueller Arbeit und wissenschaftlicher Kompetenz erfordert. Das Shared History Projekt ist somit ein Beispiel für diese Vorgehensweise.

Die darin vorgestellten Objekte werden durch wissenschaftliche Essays begleitet und eingeordnet und ermöglichen es den Leser*innen, erste Einblicke in die 1700-jährige Geschichte und Kultur des jüdischen Lebens im deutschsprachigen Raum zu gewinnen und auf Wunsch auch tiefer in die Materie einzutauchen. Der Holocaust nimmt hierbei eine Sonderstellung ein. Angesichts der großen Zeitspanne von

1700 Jahren erscheint der Zeitraum von 12 Jahren gering, aber es ist zugleich unleugbar, dass der Zivilisationsbruch historisch einzigartig ist und nicht nur jüdisches Leben weit über Deutschlands Grenzen hinaus bis heute prägt. Bereits in der frühen Konzeptionsphase des Projekts gab es daher ausführliche Diskussionen, wie sich die Shoah innerhalb des Shared History Projekts darstellen ließe. In den Gesprächen mit Kolleg*innen aus dem Auswahlkomitee war recht rasch ersichtlich, dass sich das Ausmaß des Holocausts nicht mit einem einzelnen Objekt darstellen lässt. Letztendlich haben wir uns entschieden, den Bruch nicht nur visuell deutlich zu machen, sondern auch das Konzept der wöchentlichen Veröffentlichung eines einzelnen Objekts in der Woche, in der wir den Holocaust behandeln, zu unterbrechen. Stattdessen wird in dieser Woche jeden Tag ein anderes Objekt gezeigt, das einen anderen Aspekt des Holocausts behandelt: Rettung, Verfolgung, gelungene und gescheiterte Flucht, Untertauchen, Resilienz und Ermordung.

LaG: Das Projekt *Shared History* erzählt anhand von 58 Objekten 1700 Jahre Geschichte von Juden*Jüdinnen in Mitteleuropa. Unter welchen Gesichtspunkten haben Sie die Objekte ausgewählt? Und können Sie uns ein, zwei Beispiele geben, welche Themen und Aspekte jüdischer Geschichte anhand der Objekte vermittelt und erzählt werden? Haben Sie ein persönliches Lieblingsobjekt?

MB: Das *Shared History Projekt* war von vorneherein virtuell angelegt. Dadurch ist

es im Gegensatz zu herkömmlichen Ausstellungen nicht auf greifbare Objekte angewiesen. Statt die Auswahl auf physische Artefakte zu begrenzen, war bei der Nominierung ein hohes Maß an Kreativität ausdrücklich gewünscht, denn auch literarische Figuren, Mythen sowie Plätze, Gebäude oder Monumente sind durchaus Objekte jüdischer Geschichte im deutschsprachigen Raum und sollten bei der Umsetzung adäquat berücksichtigt werden. Was im Rahmen physischer Ausstellungen nur schwer vermittelbar sein mag, konnte auf der Webseite mithilfe von verschiedenen Techniken wie 3D Modellen, interaktiven Grafiken, sowie der Einbindung von Augmented Reality und 360° Absichten präsentiert werden.

Zu Beginn des Jahres 2020 evaluierte ein Auswahlkomitee, bestehend aus Repräsentant*innen von Museen, Archiven, akademischen Forschungseinrichtungen und jüdischen Gemeinden, die mehreren hundert nominierten Objekte und wählte unter ihnen letztendlich 58 Objekte aus, die im *Shared History Projekt* das gesamte Spektrum der jüdischen Geschichte seit 321 bis zur Gegenwart beleuchten. Dabei kamen mehrere Auswahlkriterien zum Tragen, vornehmlich wie gut es den Objekten gelingt, eindrücklich Begebenheiten oder Phänomene der deutschsprachigen jüdischen Geschichte zu schildern und wichtige Aspekte der jüdischen Religion oder religiöse Praktiken verständlich zu vermitteln. Zugleich sollten die Objekte als einprägsame Zeugnisse jüdischer Kultur dienen und die Interaktion sowie den kulturellen, wissenschaftlichen

und wirtschaftlichen Austausch zwischen der christlichen Mehrheit, Juden*Jüdinnen und anderen Bevölkerungsgruppen dokumentieren. Auch sollten die gewählten Objekte eines oder mehrere der zentralen Themen des historischen Narratives aufgreifen, beispielsweise Migration, Alltagsleben, Inklusion, Ausgrenzung, Akzeptanz, Akkulturation, Errungenschaften, Verfolgung, Exil und Resilienz. Vor allem ging es darum, den Sachverhalt, dass Juden*Jüdinnen seit Jahrhunderten im deutschsprachigen Raum leben, zu betonen und die vielfältigen Stimmen, die dieses historische Narrativ formten, zu Wort kommen zu lassen.

Dabei zeigte sich gerade in der gegenwärtigen Corona-Pandemie wie aktuell einige der Objekte und ihre Geschichten sind. Ein Beispiel ist das Manuskript zum Prozess gegen die jüdische Gemeinde von Trient. Die mittelalterliche Ritualmordlegende um Simon von Trient ist ein Musterbeispiel dessen, was heutzutage als Fake News gelten würde und obwohl sowohl christliche als auch weltliche Autoritäten den Ritualmordvorwurf widerlegten und Zeitgenoss*innen die Rechtmäßigkeit des Prozesses in Zweifel zogen, wurden am Ende alle männlichen Angeklagten auf Grund von unter Folter erzwungenen Geständnissen hingerichtet. Lediglich den Frauen wurde die Möglichkeit der Konversion zum Christentum als Ausweg angeboten. Damit endete die Geschichte der jüdischen Gemeinde in Trient, nicht aber die Ritualmordlegende, die nicht nur von den Nationalsozialisten im Stürmer aufgegriffen wurde, sondern sich bis heute

in der jeglichen Grundlage entbehrenden Verschwörungserzählung niederschlägt, dass Juden*Jüdinnen Kinder zu rituellen Zwecken ermorden würden.

Doch das ist nur ein Beispiel aus 58 Objekten, die alle unterschiedlich und für sich genommen einzigartig sind. Noch dazu sind einige davon erst in den letzten zehn bis zwanzig Jahren wiederentdeckt worden und erzählen somit auch noch eine ganz eigene Geschichte von Verlust und Vergessen. Insofern fällt es mir schwer, ein Lieblingsobjekt zu benennen. Jedoch würde ich die Besucher*innen der Webseite vor allem auf die kleinen, die unscheinbaren Dinge aufmerksam machen wollen, vielfach sind es gerade deren Geschichten, die sich als unglaublich überraschend oder bestürzend entpuppen.

Sei es der Goldohrning aus Köln, der bereits anhand seines Fundorts und der verwendeten Materialien die enge Verschmelzung von jüdischer und christlicher Lebenswelt sowohl im wirtschaftlichen Bereich als auch im Alltag verdeutlicht. Oder die Öllampe aus Trier, die zum einen die universelle Beliebtheit jüdischer Motive in der Antike belegt und es uns heute unmöglich macht, eindeutige Rückschlüsse auf die religiöse Zugehörigkeit ihrer früheren Besitzer*innen zu ziehen. Zum anderen verweist die Öllampe aber auch auf die Wiederentdeckung dieser gemeinsam geteilten Geschichte und deren Erforschung durch jüdische Akteur*innen im frühen 20. Jahrhundert, denn bei ihrem Fund war dieses kleine Objekt eine regelrechte Sensation.

Ein ähnlicher Sensationsfund war der Anhänger aus Sobibór, der 2016 bei Ausgrabungen aus der Erde des Vernichtungslagers geborgen wurde. Er trotzte somit der Absicht der Verschleierung der Verbrechen durch die Nationalsozialisten, die nicht nur die Opfer ihrer Verbrechen, sondern sämtliche Spuren an diese zu beseitigen versuchten, und hält die Erinnerung an den Holocaust und vor allem an seine jugendliche Besitzerin wach, die fern ihrer Frankfurter Heimat ermordet wurde.

Hier zeigt sich erneut, dass das *Shared History Projekt*, dessen Objekte und deren Wirkung bis in unsere Gegenwart reichen. Sie beleuchten schlaglichtartig die Höhepunkte, den regulären Alltag der jüdischen Gemeinschaft im Austausch mit der Mehrheitsgesellschaft und auch die Schrecken und erlebten Verfolgungen innerhalb dieser gemeinsam geteilten 1700-jährigen Geschichte, die zugleich eine Geschichte der Erfolge und der Rückschläge und des steten Ringens einer Minderheit um die Gewährung der gleichen Rechte ist. Eine gemeinsam geteilte Geschichte und Erfahrung, die gerade heutzutage in einer multikulturellen Gesellschaft mit all ihren Herausforderungen und Chancen zutiefst aktuell und relevant ist.

LaG: Vielen herzlichen Dank für das Interview!

Über die Interviewte

Die Historikerin und Kunstwissenschaftlerin Dr. Miriam Bistrovic leitet seit deren Gründung die Berliner Repräsentanz des Leo Baeck Instituts New York | Berlin. Vor ihrer Tätigkeit für das Leo Baeck Institut arbeitete sie unter anderem für den ersten vom Deutschen Bundestag eingesetzten Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus, das Berliner Themenjahr 2013 „Diversity Destroyed: 1933/1938“ und als Projektkoordinatorin des Multi Year Work Plan on “Killing Sites” der International Holocaust Remembrance Alliances (IHRA).

Gedächtnis aus den Quellen. Zur jüdischen Geschichte Berlins

Von Thomas Hirschlein

Fast drei Jahrzehnte lang, von der Gründung 1988 bis zum Jahr 2015, leitete der Historiker Hermann Simon die Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum. In dieser Zeit prägte er die Arbeit der Stiftung und des Museums mit Ausstellungen, Veranstaltungen und eigenen Publikationen und hatte so einen entscheidenden Anteil daran, jüdische Geschichte und jüdisches Leben im wiedervereinten Berlin wieder sichtbar zu machen. Seinen 70. Geburtstag im Jahr 2019 nahmen die Stiftung und das Institut für Geschichtswissenschaften an der Berliner Humboldt-Universität zum Anlass, „Simons Lebensleistung auf dem Gebiet der Erforschung und Präsentation jüdischer Lebenswelten“ (14) mit einer Vortragsreihe zu würdigen.

Die 13 Vorträge von renommierten Wissenschaftler*innen aus Deutschland, England und Israel sind nun unter dem Titel *Gedächtnis aus den Quellen. Zur jüdischen Geschichte Berlins. Hermann Simon zu Ehren* in Buchform erschienen. Herausgegeben wurde der Band von Anja Siegemund, Simons Nachfolgerin und der aktuellen Direktorin der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, gemeinsam mit Michael Wildt, Professor für Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert mit Schwerpunkt auf den Nationalsozialismus an der Humboldt-Universität.

Die allesamt sehr lesenswerten Beiträge beleuchten ganz unterschiedliche Ereignisse und Aspekte der jüdischen Geschichte Berlins vom Ende des 18. bis zum Anfang des 21. Jahrhunderts. Die Nähe zu historischen Quellen verbindet die Beiträge. Die Autor*innen wurden gebeten, jeweils einen Text, ein Dokument, ein Bild oder ein Objekt in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen zu stellen.

Hannah Lotte Lund befasst sich in ihrem Beitrag mit Berlins jüdischen Salons um die Jahrhundertwende vom 18. zum 19. Jahrhundert, einem nach wie vor wenig erforschten Phänomen, das aus Lunds Sicht deshalb paradoxerweise selbst in der Forschung umso mehr von Legenden und Mythen umrankt ist. Inspiriert wird sie dabei von dem berühmten Portrait der Salonière Henriette Herz als griechische Göttin Hebe aus dem Jahr 1778.

Anhand von Kontaktanzeigen untersucht Sarah Wobick-Segev, wie sich soziokulturelle Normen und Erwartungen an die Ehe zwischen den Jahren 1890 und 1939 innerhalb der jüdischen Gemeinschaft Berlins wandelten. Während bis ins späte 19. Jahrhundert Familienangehörige Ehen für Juden*Jüdinnen im heiratsfähigen Alter arrangierten, nahm um die Jahrhundertwende „die junge Generation ihre Familien- und Zukunftsplanung selbst in die Hand“ (43). Die „Kameradschaftsehe“ setzte sich in der Folge durch und veränderte die organisatorische Struktur der Gemeinschaft grundlegend. Diesen Wandel spürt die Autorin in den Kontaktannoncen nach.

Die Machtübernahme der NSDAP im Jahr 1933, das politische Klima und die antisemitischen Maßnahmen im Deutschen Reich wirkten sich auch auf den jüdischen Heiratsmarkt aus. Die Eheschließungen zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Deutschen gingen rasch zurück. Wegen der zunehmenden sozialen Ausgrenzung und Isolierung nahmen Eheschließungen unter Juden*Jüdinnen hingegen zu. Auch die Kontaktanzeigen veränderten sich. Wobick-Segev zeigt, dass im Werben um neue Partner*innen Beziehungen ins Ausland und finanzielle Mittel für eine mögliche Emigration an Bedeutung zunahm. So heißt es beispielsweise in einer Anzeige aus dem Jahr 1938: „Für unsere Tochter, Jüdin, 32 alt, 1,58 groß, schlank, hübsch, gebildet, tüchtig, häuslich und sehr vermögend, suchen wir Ehekameraden. Beziehungen nach USA. (sic) vorhanden.“ (53)

Zeitlich und thematisch bilden die verschiedenen Texte zur jüdischen Geschichte Berlins während der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus einen Schwerpunkt des Bandes. Christoph Kreuzmüller stellt in seiner Fallstudie die Liquidation der jüdischen Firma Isidor Dobrin's Conditorei vor. Ausgehend von einer Deportationsliste beschäftigt sich Akim Jah mit den Deportationen der jüdischen Bevölkerung aus Berlin in den Jahren 1941 bis 1945. Hermann Simons eigener Beitrag „Die ‚Sippenkartei‘ in der Oranienburger Straße“ über eine zentrale Quelle zur Verfolgung der deutschen Juden*Jüdinnen und ihr archivarisches Schicksal nach 1945 gehört zu diesem

Schwerpunkt ebenso wie Anne-Christin Saß' Artikel über den jüdischen Unternehmer Paul Litwin und David Jüngers Beitrag über „Ambivalenzen jüdischer Migration aus Berlin und dem Reich, 1929-1938“.

Mit der Feindschaft gegen „Ostjuden“ innerhalb der Berliner Polizei Anfang der 1920er Jahre setzt sich Johanna Langenbrinck auseinander. Sie legt überzeugend dar, dass antisemitische Feindbilder innerhalb der Polizei und die Kriminalisierung des Scheunenviertels, also dem Ort in Berlin, an dem viele der vor den Pogromen und der Gewalt in Osteuropa geflüchteten Juden*Jüdinnen lebten, den Weg für das Scheunenviertel-pogrom 1923 ebneten. Ein aufgebrachter Mob attackierte und demütigte damals jüdische Bewohner*innen des Viertels und plünderte jüdische Geschäfte und Wohnungen. Die Polizei schritt zunächst überhaupt nicht bzw. nur gegen die sich verteidigenden Juden*Jüdinnen ein. Erst am Abend sorgte ein massives Polizeiaufgebot für Ordnung. Anhand der Einsatzberichte des Major Ranks, des Leiters der Polizeikaserne Alexanderstraße, veranschaulicht Langenbrinck, dass aus Sicht der Polizei die Juden*Jüdinnen selbst Schuld an der Gewalt gegen sie hatten.

Einem weiteren gewaltsamen antisemitischen Ereignis widmet sich Alina Bothe in ihrem Artikel „‘Die Menschen wurden einfach wie Ratten erschlagen.‘ Die Geschichte der zweiten ‚Polenaktion‘ in Berlin“. Während die erste „Polenaktion“ in der Geschichtsschreibung – auch dank der Ausstellung und des Sammelbands „Ausgewiesen!

Berlin, 28.10.1938. Die Geschichte der „Polenaktion“ von Bothe und Gertrud Pickhan aus dem Jahr 2018 – bekannter ist, wurde die zweite „Polenaktion“ im September 1939 bislang kaum beachtet. In ihrem Artikel stellt Bothe diese zweite Verhaftungsaktion gegen männliche Juden polnischer und ehemals polnischer Staatsangehörigkeit vor und geht dabei auf mehrere Einzelschicksale ein. Allein am 13. September 1939 verhaftete die Polizei in Berlin etwa 550 Juden und verschleppte sie ins Konzentrationslager Sachsenhausen. Nur ein Drittel dieser Gefangenen überlebte die Massenaktion. Reichsweit fielen ihr vermutlich bis zu 5.000 Juden zum Opfer.

Die verbleibenden vier Beiträge lenken den Blick auf die Zeit nach 1945. Im März 1946 erschien in Berlin die erste Ausgabe von „Der Weg – Zeitschrift für Fragen des Judentums“. Nicht nur die Artikel, sondern auch die zahlreichen Klein-, Such- und Traueranzeigen in der Zeitschrift vermitteln einen Einblick in das Befinden und die Herausforderungen der Jüdischen Gemeinde Berlins in dieser Phase des „Aufbaus nach dem Untergang“ (151). Andreas Nachama präsentiert in seinem Beitrag die Zeitschrift und einige der damaligen Berichte über das jüdische Leben.

Im Mittelpunkt von Joachim Schlörs Artikel stehen Briefe, die emigrierte Berliner*innen in den 1990er Jahren für das „Gedenkbuch Berlins der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus“ über ihr Leben in Berlin und nach der Emigration sowie ihr andauerndes Verhältnis zur Stadt verfassten. Während

Annette Leo in „Antisemitische Töne an der Humboldt-Universität 1969?“ eine persönliche Geschichte aus ihrer Studienzeit über eine antisemitische Äußerung eines damaligen FDJ-Funktionärs erzählt und diese Erfahrung zum Anlass nimmt, über ihr Jüdisch-Sein und ihr politisches Engagement Ende der 1960er Jahre zu reflektieren. Anja Siegemunds Beitrag über das Museum Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum und die an das Museum von außen herangetragenen historischen Narrative des „jüdischen Beitrags zum deutschen Kulturleben“ und der „Integration in die deutsche Gesellschaft“ schließt den Band ab und spannt den Bogen zu Debatten über jüdische Identitäten und das Selbstverständnis Jüdischer Museen in der Gegenwart.

Das Buch Gedächtnis aus den Quellen versammelt 13 spannende, teils sehr bewegende Beiträge zur jüdischen Geschichte Berlins der letzten 200 Jahre. In ihrer Gesamtheit zeichnen sie ein facettenreiches Bild dieser Geschichte. Viele der Beiträge behandeln bislang weniger bekannte Aspekte und Ereignisse. Deshalb lohnt sich das Buch nicht nur für diejenigen Leser*innen, die erste Eindrücke von der jüdischen Geschichte Berlins sammeln möchten, sondern bietet auch Kenner*innen des jüdischen Berlins neue Einblicke.

Siegemund, Anja/Wildt, Michael (Hg.): *Gedächtnis aus den Quellen. Zur jüdischen Geschichte Berlins. Hermann Simon zu Ehren*. Berlin: Hentrich & Hentrich Verlag, 2020., 230 Seiten, 21 Abbildungen, 19,90 Euro.

Lernen aus der ■ Geschichte ■

ANOHA – Die Kinderwelt des Jüdischen Museums Berlin

Von Tanja Kleeh

Direkt gegenüber dem Jüdischen Museum Berlin ist mit der Kinderwelt ANOHA ein „neuer Ort zum Entdecken, Erforschen und Spielen“ entstanden. Zielgruppe sind Besucher*innen im Kita- und Grundschulalter. Im Mittelpunkt steht die Erzählung der Arche Noah aus der Tora. Wie das Museum auf der Homepage schreibt, war die Arche nach der Überlieferung ein imposantes Boot, mit dem Noah seine Familie und alle Tierarten vor der Sintflut rettete. Insgesamt ist beim Bau der Kinderwelt auf eine nachhaltige Bauweise geachtet worden. So wurde überwiegend Holz verwendet und ein Konzept für natürliche Be- und Entlüftung entwickelt.

Im Fokus der Ausstellung steht die große Arche, in der 150 Tiere zu finden sind. Alle Tiere werden von ausgewählten Künstler*innen aus wiederverwerteten Materialien hergestellt und lassen sich vielfältig erkunden, zum Beispiel als Klettergerüst, Hängematte oder Kuschelhöhle. Viele Spielstationen regen zum Mitmachen und Erkunden an. Manche sind nur für eine*n Spieler*in, andere benötigen mehrere Spieler*innen. Es wird unter anderem gepuzzelt, gebaut, balanciert, gerutscht und gestapelt. Auf der Wasserstrecke kann eine eigene kleine Flut nachgebaut werden und ausprobiert werden, ob es die eigene Arche durch die Fluten schafft.

Auch die Zukunft steht im Fokus der

Vorstellung Bildungsträger/Lernorte

Ausstellung. So können im Zentrum der Arche die Kinder sich Gedanken um die Welt „nach der Flut“ machen und dabei durch die Futuroskope schauen. Welche Ideen sie haben, können die Kinder in der Bibliothek der Zukunftsvisionen erzählen. In einer Ausstellung erzählen 20 Schüler*innen, die dem Kinderbeirat des ANOHA angehörten, wie ihre Zukunftsvisionen aussehen.

Konzept

Wie das Jüdische Museum schreibt, sollen die jüngsten Gäste „mit Geschichten von Schöpfung, Sintflut und Neuanfang, die in verschiedenen Religionen und Kulturen vorkommen,“ zum Nachdenken über ein respektvolles Miteinander von Mensch, Tier und Natur angeregt und zum Einsatz für eine vielfältige und bessere Welt ermutigt werden. Entsprechend wird die Ausstellung im ANOHA von Workshopangeboten für Kinder und Jugendliche ergänzt. Auch für Familien und Schüler*innen sowie pädagogische Fachkräfte werden Angebote geschaffen. Eigens gehören zu ANOHA mehrere Workshop-Räume und Ateliers. Auch begleitete Führungen gehören zum Bildungsangebot. Für Kitakinder etwa gibt es den „Besuch in der Arche Noah“. Dabei tauchen die Kinder ab drei Jahren in die Erzählung der Arche Noah ein und erkunden gemeinsam die Bereiche der Kinderwelt. Sie können kleine Archen testen und die große Arche erkunden. Gemeinsam werden Fragen diskutiert wie „Was brauchen wir für die Reise?“ oder „Was kommt nach der Flut?“. Auch Grundschul Kinder können so die Geschichte der Arche Noah erkunden.

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Vorstellung Bildungsträger/Lernorte

Angeboten wird der Workshop für die Klassenstufen 1 bis 5. Für Familien gibt es die Führung ebenfalls.

Auf der Homepage des Kindermuseums finden sich auch Medien und Materialien. Derzeit ist die Kategorie noch im Aufbau. Es können jedoch bereits Masken für das jüdische Fest Purim ausgedruckt werden.

Eine Besonderheit der Bildungsangebote sowie des gesamten Museums ist der Kinderbeirat, der aktiv an der Entwicklung von ANOHA mitarbeitet. Die Kinder zwischen 8 und 11 Jahren haben den Bau von Anfang an begleitet und ihre Wünsche zum Museum und den Vermittlungsprogrammen eingebracht. Wie das Jüdische Museum erklärt, wird gemeinsam diskutiert und neue Ideen entwickelt.

Der Eintritt in das Kindermuseum ANOHA ist frei. Die Bildungsangebote sind ebenfalls kostenfrei, erfordern jedoch eine Anmeldung. Die Eröffnung ist für den 27. Juni 2021 vorgesehen.

Informationen

ANOHA

Fromet-und-Moses-Mendelssohn-Platz 1

10969 Berlin

Postanschrift: Lindenstraße 9-14, 10969 Berlin

Homepage: <https://anoha.de/>

Lernen aus der ■ Geschichte ■

„Nathan und seine Kinder“. Impulse für den Unterricht.

Von Tanja Kleeh

Das Jüdische Museum Berlin hat für den Roman „Nathan und seine Kinder“ von Mirjam Pressler umfangreiche Lehrmaterialien erarbeitet. Erschienen im Jahr 2009, spielt der Roman in Jerusalem Ende des 12. Jahrhunderts und behandelt das friedliche Zusammenleben von Menschen aus verschiedenen Kulturen und Religionen. „Nathan und seine Kinder“ wird von Kultusministerien mehrerer Bundesländer als Leselektüre ab der Klassenstufe 8 empfohlen.

Die Unterrichtsmaterialien des Jüdischen Museum Berlin geben Anregungen für Unterrichtseinheiten und Projekttage zum Thema Zusammenleben der Kulturen und Religionen. Verteilt auf drei Module werden Übungen aus der Theaterpädagogik, zur Textarbeit und der Museumspädagogik vorgestellt. Den Modulen vorangestellt sind eine kurze inhaltliche Zusammenfassung des Romans und didaktisch-methodische Überlegungen – Letzteres erfolgt bei jedem Modul im Einzelnen erneut. Als Lernziele werden hier beispielsweise der Wissenserwerb „über deutsch-jüdische Geschichte in der Zeit der Aufklärung, über Moses Mendelssohn und seine literarische Darstellung in Lessings ‚Nathan der Weise‘“ (S.3) angegeben, aber auch die Bildung einer eigenen Meinung, die Fähigkeit, unterschiedliche Perspektiven nachvollziehen zu können, sowie „Chancen und Herausforderungen einer pluralistischen Gesellschaft [zu] erkennen,

Empfehlung Unterrichtsmaterial

um Prinzipien des demokratischen Zusammenlebens zu festigen“ (S.3). Alle Module funktionieren auch einzeln. Da vielfältige Möglichkeiten für fächerübergreifendes Arbeiten geboten werden, sind die Module gut im Rahmen einer Projektwoche einsetzbar, so die Autor*innen .

Modul 1: Theaterpädagogische Methoden

Empfohlen für das Fach Deutsch ab der 9. Klasse, wird in diesem Modul ein spielerischer Einstieg angeboten, der „Spaß machen, Neugierde auf die kreative Auseinandersetzung wecken und die Beiträge der einzelnen Teilnehmenden in der Gruppe wertschätzen“ (S.6) soll. Das Modul ist in drei Blöcke mit jeweils zwei oder drei Unterrichtseinheiten aufgeteilt, wobei laut den Autor*innen die Einheiten sowohl zusammen als auch einzeln funktionieren. Wichtig sind für die Lehrkräfte auch die angegebenen Lernziele, anhand deren die Eignung des Moduls für den Einsatz im eigenen Unterricht überprüft werden kann. Dazu zählen in diesem Modul etwa „Spaß haben und Kreativität fördern“, aber auch die sensitive Annäherung an den Roman sowie die Lebenswelten der Schüler*innen mit Themen des Romans zu verknüpfen und die Teambildung zu unterstützen (vgl. S.6). In Teilen sind die Übungen der Einheiten bebildert, sodass sich eine genauere Vorstellung gemacht werden kann, welche Idee hinter der Anleitung steht. Ergänzt werden die Übungen durch Aufgabenblätter, die den Schüler*innen ausgegeben werden können. Eine der Übungen setzt sich mit dem Thema

Lernen aus der Geschichte

Identität auseinander. Schreibübungen und szenische Spiele führen zu der Frage, „was Identität für Schüler*innen bedeutet und wie Identitätszuschreibungen das soziale Miteinander beeinflussen“ (S.19).

Da es sich um theaterpädagogische Methoden handelt, gibt es viele szenische Arbeitsanweisungen. Hierfür werden einzelne oder mehrere Textstellen zur Verfügung gestellt. Beim Thema Identität folgt die Anweisung, davon ausgehend eine kurze Szene zu entwickeln. Leitfragen geben Anregungen, wie die Ausgestaltung der Szene aussehen könnte.

Das Modul „Theaterpädagogische Methoden“ kann auch als Workshop im Jüdischen Museum Berlin gebucht werden.

Modul 2: Moses Mendelssohn – Ein Vorbild für Lessings Nathan

Das zweite Modul setzt sich mit Moses Mendelssohn auseinander, der als Vorbild für Lessings Nathan den Weisen gilt. Diese Einheit ist ab der 9.Klasse und für die Fächer Deutsch, Ethik und Politik geeignet. Die Aufgaben in diesem Modul bauen aufeinander auf und sind nach Schwierigkeitsgraden gekennzeichnet. Es wird mit zwei historischen Quellen gearbeitet. Zum einen ist dies die Übersetzung und Entschlüsselung des Gebotes „Du sollst nicht morden“ in Mendelssohns Übersetzung der Tora „Sefer netivot ha-schalom“. Zum anderen wird eine Lithografie nach Moritz Daniel Oppenheim »Lavater und Lessing bei Moses Mendelssohn« betrachtet. Die Auseinandersetzung mit diesen Quellen soll dazu führen, dass die gesellschaftliche Situation der jüdischen

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Minderheit im 18. Jahrhundert verstanden wird, die Umwälzungen in der Zeit der Aufklärung begriffen werden und Moses Mendelssohns Idee nachvollzogen werden kann.

Beide Quellen sind im Jüdischen Museum zu finden und somit kann das Modul, wie die Autor*innen schreiben, als Vor- oder Nachbereitung für einen Besuch genutzt werden.

Auch in diesem Modul werden neben den Materialien Aufgabenblätter bereitgestellt. Hinzu kommen außerdem Zusatzinformationen, in denen etwa der Ursprung von Hebräisch und Jiddisch sowie die Besonderheiten und Unterschied der beiden Sprachen erläutert werden. Die Aufgaben schlagen einen Bogen von der Aufklärung in das Heute, wenn über die Rechtsprechung zu Mord und Totschlag in den unterschiedlichen Epochen anhand der Gesetzestexte reflektiert wird. Auch hier gibt es ergänzende Materialien, wie etwa eine Rede von Heiko Maas zur geplanten Reform des aktuellen Paragraphen zu Mord und Totschlag im Strafgesetzbuch.

Modul 3: Religiöse Zitate in „Nathan und seine Kinder“

Das letzte Modul schließlich, ebenfalls empfohlen ab der 9. Klasse, beschäftigt sich mit religiösen Zitaten in „Nathan und seine Kinder“. Autorin Mirjam Pressler lässt ihre Protagonist*innen aus verschiedenen Heiligen Schriften zitieren: „Suren aus dem Koran, Psalmen und Prophetenzitate aus der Bibel und Textpassagen aus den Evangelien des Neuen Testaments“ (S.66). Durch Kursivsetzung im Text werden sie vom restlichen Text abgegrenzt.

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Die Autor*innen der Unterrichtsmaterialien haben Angehörige unterschiedlicher Religionen nach der Bedeutung der Zitate gefragt. Die Interviews sind als Audiodateien und als Text abrufbar. Idealerweise arbeiten die Schüler*innen in Kleingruppen mit einem Interview und vertreten anschließend im Plenum die Ansichten dieser Person. Auf diesem Weg lernen sie, Argumente zu reflektieren und die Meinungsbildung wird gefördert. Der nächste Schritt, wie ihn die Autor*innen vorschlagen, sind Interviews, die die Schüler*innen selbst durchführen und anschließend beispielsweise dem Jüdischen Museum Berlin zur Verfügung stellen. Ein Spektrum an (möglichen) Interviewfragen wird zur Verfügung gestellt, beispielsweise „Was können, was sollen Religionen für das Zusammenleben der Menschen leisten?“ oder „Ist Nathans Toleranzedikt ein fernes, unerreichbares Ideal? Wo sehen Sie so etwas verwirklicht?“ (S. 69).

Fazit

Die Impulse für den Unterricht zu Mirjam Presslers Roman „Nathan und seine Kinder“ bieten eine große thematische und methodische Vielfalt. Die Lektüre des Buches ist zwingende Voraussetzung für den gewinnbringenden Einsatz im Unterricht, auch wenn immer wieder Passagen zitiert werden. Durch die Unterteilung in Module mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Zugängen können die Lehrer*innen entscheiden, was für ihre Schüler*innen am besten geeignet ist. Es ist nicht unbedingt notwendig, alle Einheiten komplett durchzuarbeiten, es können auch einzelne Aufgaben

Empfehlung Unterrichtsmaterial

herausgegriffen werden. Auch kann ein Teil der Aufgaben als Anregung verstanden werden, eigene Zugänge zu finden – sowohl für Lehrer*innen als auch für Schüler*innen. Die Empfehlung ab der 9.Klasse ist, insbesondere was das nötige Hintergrundwissen angeht, angemessen.

Die Lehrmaterialien sind auf der Homepage des Jüdischen Museum Berlin [als PDF](#) kostenfrei verfügbar.

2021 - Jüdisches Leben in Deutschland.

Von Tanja Kleeh

Seit Januar 2021 erscheint der Podcast „1700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland“ wöchentlich. Als Moderator*innen sprechen Mirna Funk, Shelly Kupferberg und Miron Tenenberg mit unterschiedlichen Akteur*innen über jüdisches Leben in Deutschland und machen die Diversität jüdischen Lebens in Deutschland sichtbar. Künstler*innen finden sich unter den Gästen ebenso wie Schauspieler*innen und politische Aktivist*innen. Dabei müssen die Gäste nicht zwingend selbst jüdisch sein, haben jedoch eine Verbindung zum Judentum.

Der Podcast ist Teil des Festjahres „1700–Jüdisches Leben in Deutschland“. Zurückgehend auf das Edikt Kaiser Konstantins vom 11. Dezember 321, welches Jüdinnen*Juden den Zugang zu städtischen Ämtern in der Kurie und der Stadtverwaltung Kölns gestattete. Wie die Organisator*innen des Festjahres schreiben, belegt dieses Edikt eindeutig, dass jüdische Gemeinden bereits seit der Spätantike wichtiger integrativer Bestandteil der europäischen Kultur sind. Neben dem Podcast gibt es viele weitere Veranstaltungen zu diesem Jubiläum.

Der Podcast

Es finden sich einige bekannte Namen unter den Gästen, wie beispielsweise die Politikerin und Publizistin Marina Weisband, der Präsident des Zentralrats der Juden,

Josef Schuster, der Pianist Igor Levit und Michel Friedman, bekannt als Politiker und Talkshowmoderator. Neben personenspezifischen Themen geht es vor allem um das Aufwachsen als Jude*Jüdin in Deutschland bzw. den Herkunftsländern der Podcastgäste, die Wahrnehmung und Findung der eigenen, jüdischen Identität, aber auch aktuelle Entwicklungen, wie etwa dem voranschreitenden Antisemitismus und allgemeine politische Entwicklungen. Die Folgen sind jeweils zwischen 40 Minuten und eineinhalb Stunden lang, je nach Gesprächsbedarf.

Fazit

Der Podcast bietet einen vielfältigen Einblick in jüdische Lebensrealitäten im Deutschland des Jahres 2021. Nicht nur politisch und/oder religiöse interessierte Menschen können hier einiges lernen. Die thematische Vielfalt lädt ein, sich mit den gestellten Fragen selbst auseinander zu setzen. „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ ist direkt auf der Homepage abrufbar sowie bei Deezer und Spotify.

Die nächste Ausgabe des LaG-Magazins erscheint am 22. September 2021.

IMPRESSUM

Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e.V.

Dieffenbachstr. 76

10967 Berlin

<http://www.lernen-aus-der-geschichte.de>

<http://www.agentur-bildung.de>

Projektkoordination: Ingolf Seidel

Webredaktion: Thomas Hirschlein, Tanja Kleeh und Ingolf Seidel

Diese Ausgabe des LaG-Magazins wird gefördert durch die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Stiftung EVZ dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Die Beiträge dieses Magazins können für nichtkommerzielle Bildungszwecke unter Nennung der Autorin/des Autors und der Textquelle genutzt werden.